



KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung
vom 31. August 2011

Aus Berlin

Pflegereform: Bahr will Beirat reaktivieren

Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) will einen Regierungsbeirat reaktivieren, der Vorschläge für eine Reform der Pflegeversicherung erarbeiten soll. Ziel ist unter anderem eine Verbesserung der Pflegeleistungen für Demenzerkrankte. Ihm sei ein neuer Begriff der Pflegebedürftigkeit wichtig, sagte Bahr. Die derzeit geltenden drei Pflegestufen sollten durch fünf Grade der Bedürftigkeit ersetzt werden – je nach verbliebener Selbstständigkeit. Entsprechende Vorschläge hatte 2009 bereits der von der damaligen Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) eingesetzte Beirat gemacht. Seither mahnen Politiker und Experten eine Umsetzung an. Beiratschef Jürgen Gohde verwies darauf, dass ungeachtet der umfassenden Expertise, mit der das Gremium damals seine Arbeit abgeschlossen habe, noch viele Detailfragen beim Übergang hin zu neuen Pflegegraden zu klären seien.

SPD und Patientenschützer warfen Bahr eine Verschleppungstaktik vor, die Grünen begrüßten den Vorstoß. Es wirke, als ob Bahr mit dem Regierungsbeirat die Pflegereform verzögern wolle, weil sich die Koalition nicht einigen könne, sagte die Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit Carola Reimann (SPD). Der Vorstand der Deutschen Hospiz Stiftung, Eugen Brysch, hält erneute Expertenberatungen für unnötig, da alle Probleme bekannt seien. Elisabeth Scharfenberg, Sprecherin für Pflege- und Altenpolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen verleiht der Hoffnung Ausdruck, dass die Kommission inhaltlichen Schub für eine Reform bringe. (Agenturmeldung, 26. August)

Aus KBV und KVen

KBV und ZI starten Internetportal zur Versorgungsforschung

Die KBV und das Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung in Deutschland (ZI) haben eine Internetplattform zur Versorgungsforschung freigeschaltet. Die Website www.versorgungsatlas.de soll Ärzten, Wissenschaftlern, gesundheitspolitischen Akteuren und der interessierten Öffentlichkeit Einblick in Daten zur Versorgung und deren Auswertungen geben. Dabei konzentriert sich der Versorgungsatlas auf die Nutzung medizinischer Behandlungen im regionalen Vergleich. „Wir holen die Versorgungsforschung aus dem Elfenbeinturm. Ziel ist die alltagstaugliche Darstellung wissenschaftlicher Ergebnisse. Das ist in dieser Form bisher einzigartig“, sagte Dr. Andreas Köhler, Vorstandsvorsitzender des ZI und der KBV. Das Portal steht ausdrücklich allen Versorgungsforschern, auch aus Universitäten, Krankenkassen und anderen Einrichtungen offen. Es erfolgt keine redaktionelle Bearbeitung eingesandter Beiträge. Die methodische Bewertung wird durch ein Gremium unabhängiger Wissenschaftler vorgenommen. Jeder Nutzer bekommt außerdem die Möglichkeit, jede Auswertung im Forum zu kommentieren. Die technische Betreuung des Internetportals übernimmt das ZI. ZI-Geschäftsführer Dr. Dominik Graf von Stillfried erläuterte

das Portal auch auf [KV-on](#). ([Gemeinsame Pressemitteilung der KBV und des ZI, 30. August; Videopodcast, 31. August](#))

KV-on: Recall-Management erinnert an Termine

Impftermine, Vorsorge- und Früherkennungsuntersuchungen werden zu wenig in Anspruch genommen. Daher können Arztpraxen ihre Patienten mit Hilfe eines IT-gestützten Erinnerungssystems (Recall-Management) daran erinnern und Versicherte per E-Mail, Post oder telefonisch einladen. KBV-Vorstand Dr. Carl-Heinz Müller erklärt im Interview auf [KV-on](#), wie Arztpraxen und Patienten am Recall-System teilnehmen können und was dabei beachtet werden muss. ([Videopodcast, 26. August](#))

Nordrhein-westfälische KVen starten Kampagne: Konvergenz Jetzt!

Die beiden nordrhein-westfälischen Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) setzen ihre Bemühungen um eine Ergänzung des geplanten Versorgungsgesetzes mit einer eigens eingerichteten Homepage fort. Unter www.konvergenz-jetzt.de erläutern sie, warum sie die Anhebung der ärztlichen und psychotherapeutischen Honorare auf Bundesdurchschnitt (Konvergenz) als wichtige Voraussetzung für die Zukunft der ambulanten Versorgung in Nordrhein-Westfalen erachten. Interessierte finden auf der Seite Hintergrundtexte, Pressemitteilungen und Videos zu dieser Thematik. ([Gemeinsame Pressemitteilung der KVen Westfalen-Lippe und Nordrhein, 30. August](#))

Ärzte in Thüringen erhalten finanzielle Förderung bei Niederlassung

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Thüringen und die Krankenkassen des Freistaats haben ein Förderpaket für Haus- und Fachärzte zur Sicherstellung von lokalem ärztlichem Versorgungsbedarf beschlossen. In bestimmten festgelegten Planungsbereichen können jeweils eine Praxisneugründung sowie die Übernahme einer bestehenden Praxis mit einer Investitionskostenpauschale in Höhe von 60.000 Euro unterstützt werden. Die Gründung einer Zweigpraxis kann in den Regionen mit bis zu 15.000 Euro gefördert werden. Außerdem erhalten Ärzte, die über das durchschnittliche Aufgabebalter von 65 Jahren hinaus tätig sind, pro Quartal zusätzlich 1.500 Euro zu ihrem Honorar. Die Förderungen sind nicht rückzahlungspflichtig. Bedingung ist das Erfüllen entsprechender Versorgungskriterien wie beispielsweise die Bereitstellung eines ausreichenden Angebots an Sprechzeiten oder die Versorgung einer Mindestzahl an Patienten. Die Kosten tragen jeweils zur Hälfte die KV und die Krankenkassen. ([Pressemitteilung der KV Thüringen, 24. August](#))

KV Hessen fordert Änderungen an Regionalisierung

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Hessen hat sich gegen die geplante Regionalisierung der Vergütung von psychotherapeutischen Leistungen ausgesprochen und verlangt die Beibehaltung der geltenden bundeseinheitlichen Regelung. Die KV dringt daher auf eine entsprechende Änderung im Entwurf zum Versorgungsstrukturgesetz. Eine weitere Forderung ist die Anpassung des im Gesetzentwurf definierten Zugangs zur spezialärztlichen Versorgung. Die Körperschaft betonte, dass der Zugang allen Fachärzten und nicht nur bestimmten Facharztgruppen offen stehen müsse. Außerdem kritisierte sie die Führung der AOK Hessen wegen Fehlens eines bereits seit dem Jahr 2009 gesetzlich vorgeschriebenen Vertrags zur Hausarztzentrierten Versorgung. ([Pressemitteilungen der KV Hessen, 29./30./31. August](#))

Kein Aufkauf von Arztpraxen in Niedersachsen

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Niedersachsen kauft zurzeit keine vakant werdenden Arztsitze auf. Der Vorstandsvorsitzende der KV, Mark Barjenbruch, betonte, dass sich die Körperschaft mit dem Praxisaufkauf beschäftigen werde, nachdem die neue Bedarfsplanung im geplanten Versorgungsstrukturgesetz eingeführt worden ist. Die KV solle dann im Einzelfall prüfen, ob es sinnvoll sei, eine Praxis aufzukaufen. Barjenbruch gibt allerdings zu bedenken, dass es naiv wäre anzunehmen, dass sich mehr Ärzte in unterversorgten Regionen niederlassen, wenn

Arztstühle in Ballungsräumen aufgekauft werden. ([Pressemitteilungen der KV Niedersachsen, 30. August](#))

KV Schleswig-Holstein schließt Hausarztvertrag

Die Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Schleswig-Holstein, die Betriebskrankenkassen und der Hausärzteverband Schleswig-Holstein haben einen Hausarztvertrag abgeschlossen. Ärzte können ihre Patienten ab dem 1. Oktober 2011 in den Vertrag einschreiben. Die Teilnahme ist freiwillig, der Vertrag muss allerdings ein Jahr gelten. Der zuständige Hausarzt führt den Patienten dabei durch verschiedene Behandlungsschritte und steuert ihn durch bedarfsgerechte Versorgungsangebote. Der Hausarztvertrag sichert Ärzten zusätzlich zu der Honorierung im Kollektivvertragssystem Geld für bestimmte Leistungen. ([Pressemitteilung der KV Schleswig-Holstein, 31. August](#))

Aus den Verbänden

Montgomery will Approbationsordnung ändern

Der Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), Dr. Frank Ulrich Montgomery, will den Ärztemangel auf dem Land mit einer Änderung der Approbationsordnung bekämpfen. „Wir wollen möglichst viele Studenten für einige Wochen zur Ausbildung in eine Landarztpraxis oder in ein ländliches Krankenhaus schicken“, sagte er. Dafür müsse die Approbationsordnung so geändert werden, dass die Ärztekammern in die Betreuung von Medizinstudenten eingebunden werden. Montgomery begründete seinen Vorstoß damit, dass sich Medizinstudenten eher im ländlichen Raum niederließen, wenn sie dort ihre Weiterbildung gemacht hätten. ([Pressemitteilung der BÄK, 25. August](#))

ÄZQ veröffentlicht Leitlinie für Patienten mit Depressionen

Mit einer neuen Patientenleitlinie will das Ärztliche Zentrum für Qualität in der Medizin (ÄZQ) Patienten mit depressiven Erkrankungen und deren Angehörige unterstützen. Die Broschüre vermittelt in verständlicher Form, wie eine Depression diagnostiziert wird und welche Behandlungsmöglichkeiten es gibt. Zudem enthält sie Hinweise zum Umgang mit der Erkrankung sowie weiterführende Adressen und Literaturvorschläge.

Die Patientenleitlinie basiert auf der im November 2009 veröffentlichten wissenschaftlichen Nationalen Versorgungsleitlinie „Unipolare Depression“. Mit dieser wollen das ÄZQ und die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde daran mitwirken, die Behandlung von an Depressionen erkrankten Patienten zu optimieren, etwa durch eine bessere Koordination von Haus-, Fachärzten und Psychotherapeuten. Die nun herausgegebene Patientenleitlinie, an deren Erstellung Patientenvertreter beteiligt waren, steht als [PDF-Dokument](#) zum Download bereit. ([Pressemitteilung des ÄZQ, 25. August](#)).

Barmer-GEK: In Stadtstaaten gibt es die meisten Psychotherapeuten

In Sachsen gibt es bundesweit die meisten Kranken, in Baden-Württemberg hingegen die wenigsten. Das geht aus dem Barmer GEK-Sammelband „Gesundheitswesen aktuell 2011“ hervor, in dem die Verbreitung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes und Depressionen regional verglichen wird. „Infolge der Abwanderung von besser verdienenden und gebildeten Bevölkerungsgruppen habe sich eine Gesundheitsmigration vollzogen“, sagt Uwe Repschläger, Herausgeber des Buches und Leiter für Unternehmensstrategie und Controlling bei der Barmer GEK. Dem Buch zufolge führen die östlichen Regionen jedoch nicht in allen Krankheitsgruppen die Morbiditätsstatistik an. So zeigen sich bei Depressionserkrankungen die höchsten dokumentierten Krankheitslasten in den Stadtstaaten und in Bayern, was mit der räumlichen Verteilung von psychotherapeutischen Praxen zu tun habe. „Mit der Zahl der Psychotherapeuten steigt naturgemäß die Zahl der Depressionsdiagnosen“, erläutert Repschläger. In den Stadtstaaten beispielsweise liegt die Psychotherapeutendichte bis zu 150 Prozent über dem Bundesdurchschnitt, im gesamten Osten rund 50 Prozent darunter.

Der Sammelband enthält insgesamt 14 Beiträge von Fachleuten, etwa von Prof. Karl Lauterbach, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, und Prof. Jürgen Windeler, Geschäftsführer des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen. ([Pressemitteilung der Barmer GEK, 31. August](#))

350.000 Rheinland-Pfälzer erhalten eGK

In Rheinland-Pfalz wird ab dem 1. September die neue elektronische Gesundheitskarte (eGK) verteilt. Bis Jahresende erhalten zunächst landesweit 350.000 Versicherte die Karte, teilte Edgar Wagner, Landesbeauftragter für den Datenschutz, mit. Die eGK enthalte ein Lichtbild und einen Chip. In den nächsten Jahren sollen darauf Daten wie Blutgruppe, chronische Erkrankungen und Allergien gespeichert werden. (Agenturmeldung, 31. August)

Aus der Welt

Fettleibigkeit weltweit auf dem Vormarsch

Immer mehr Menschen sind übergewichtig beziehungsweise fettleibig. Forscher fordern nun, dass die Vereinten Nationen eine Rahmenkonvention zur Kontrolle von Fettsucht (Adipositas) erarbeiten. Neben 1,5 Milliarden erwachsenen Übergewichtigen gibt es inzwischen rund 500 Millionen Fettleibige (Body-Maß-Index über 30) und 170 Millionen übergewichtige oder adipöse Kinder auf der Welt. Allein in den USA könnte bis 2030 die Zahl der Adipösen um weitere 65 Millionen steigen. Dies hätte zusätzliche Fälle von Diabetes, Herzerkrankungen und Krebserkrankungen in Millionenhöhe zur Folge. Bisher ist es noch nicht gelungen, die Zunahme von Fettleibigkeit in der Bevölkerung zu stoppen. Wissenschaftler sehen daher dringenden Bedarf, präventive Maßnahmen wie die Erhebung von Zusatzsteuern auf ungesunde Lebensmittel sowie Werbeverbote für solche einzuführen. ([Ärzte Zeitung, 28. August](#))

Außerdem

Ärzte gründen Arbeitskreis gegen Nachtflüge

Ein vollständiges Nachtflugverbot sowie weitere Schallschutz-Maßnahmen an allen Flughäfen fordern Ärzte aus Rheinland-Pfalz, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bayern und Berlin. Die Mediziner haben sich zu einem Arbeitskreis zusammengeschlossen, der sich mit den Gesundheitsrisiken von Fluglärm beschäftigt. Diese Geräusche begünstigten Bluthochdruck, Herzinfarkt, Schlaganfälle und Depressionen. Allein in Deutschland seien 15 Millionen Menschen von Fluglärm betroffen. ([Ärzte Zeitung, 29. August](#))

KOMPAKT- Zahl der Woche: 7 Millionen

Rund sieben Millionen Bundesbürger brauchen dauerhaft fünf oder mehr Medikamente, teilte die ABDA – Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände mit. Diese Polymedikation könne die Arzneimittelsicherheit gefährden, weshalb sich Apotheker und Ärzte für ein gemeinsames Medikationsmanagement einsetzen. ([Pressemitteilung der ABDA, 29. August](#))

Aus der Presse

KBV und ZI wollen medizinische Versorgung transparenter machen

Die KBV und das Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung in Deutschland (ZI) haben eine öffentliche Internetplattform zur Versorgungsforschung freigeschaltet, berichtet die Nachrichtenagentur dapd. Die Website www.versorgungsatlas.de soll Ärzten, Wissenschaftlern, gesundheitspolitischen Akteuren und der interessierten Öffentlichkeit Einblick in Daten zur Versorgung und deren Auswertungen geben sowie ein Diskussionsforum bieten. Dabei konzentriert sich der Versorgungsatlas auf die Inanspruchnahme medizinischer Behandlungen im regionalen Vergleich. Das Portal steht ausdrücklich allen Versorgungsforschern offen, auch aus Universitäten, Krankenkassen und anderen Einrichtungen. Es erfolgt keine redaktionelle Bearbeitung eingesandter Beiträge. Die methodische Bewertung wird durch ein Gremium unabhängiger Wissenschaftler vorgenommen, die Betreuung des Portals übernimmt das ZI. (Agenturmeldung, 30. August)

Aus dem Terminkalender

- 03.09.11 [2. Berliner Impulsveranstaltung](#)
Berlin, 9.30-14.30 Uhr
- 07.09.11 Vertreterversammlung der KV Rheinland-Pfalz
Mainz, 15.30 Uhr
- 09.09.11 Vertreterversammlung der KV Brandenburg
Potsdam, 15 Uhr
- 22.09.11 Vertreterversammlung der KV Hamburg
Hamburg, 20 Uhr
- 29.09.11 Vertreterversammlung der KV Berlin
Berlin, 20 Uhr
- 10.10.11 [ZI-Forum: „Versorgungsforschung wird geo-grafisch: Bessere Versorgung durch regionale Vergleiche?“](#)
Berlin, 10-15.30 Uhr
- 26.10.11 [KBV kontrovers: „Arzt und Patient: Wie viel Selbststimmung darfs denn sein?“](#)
Berlin, 10-15 Uhr
- 28.11.11 [3. Qualitätssicherungskonferenz des Gemeinsamen Bundesausschusses](#)
Berlin, 10-17 Uhr

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 / 40 05 – 22 03

Fax: 030 / 40 05 – 27 22 03

E-Mail: dvohburger@kbv.de; agraumann@kbv.de; atietjen@kbv.de

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs um 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>